

Ustascha-Gedenken: "Die Polizei wird durchgreifen"

Die Polizei rüstet sich: 450 Beamte werden am Samstag in Bleiburg und am Loibacher Feld Dienst tun um ein Drittel mehr als 2018. Auch technische Hilfsmittel sind im Einsatz: Stationäre und mobile Videokameras sollen nicht nur abschrecken, sondern "der Ausforschung von Tatverdächtigen dienen", wie Rainer Dionisio, Sprecher der Landespolizeidirektion Kärnten, betont.

Somit steht der Einsatzplan für eine der umstrittensten Veranstaltungen Österreichs: Am Loibacher Feld werden bis zu 15.000 Menschen erwartet, die offiziell von 12 bis 14 Uhr in einer kirchlichen Prozession den getöteten Ustascha-Kämpfern gedenken wollen. Die Feier für die faschistischen Milizen, die im Zweiten Weltkrieg an der Seite Nazi-Deutschlands kämpften, zieht stets auch Rechtsextreme an.

Abzeichen verboten 2017 und 2018 gab es insgesamt 19 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz-das klingt angesichts der Menschenmassen wenig. Nur: Bisher waren in Österreich zwar NS-Embleme, nicht aber Ustascha-Abzeichen verboten. Seit 1. März fallen auch diese unter das Abzeichengesetz und dürfen wie in Kroatien auch in Österreich nicht mehr öffentlich gezeigt werden.

Heuer stand die Feier schon im Vorfeld unter massiver zusätzlicher Kritik: Weil die Diözese Gurk-Klagenfurt ihren Sanktus nicht mehr erteilte, fiel die Veranstaltung erstmals unter das Versammlungsgesetz und brauchte somit eine behördliche Genehmigung (siehe Kasten).

Der Bezirkshauptmann von Völkermarkt, Gert-André Klösch, erlaubte sie wegen des Grundrechts auf Versammlungsfreiheit. Er handelte sich damit eine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft wegen des Verdachts des Amtsmissbrauches ein. Eingbracht hat sie Peter Pilz (Liste Jetzt).

Staatsanwalt vor Ort Zwei Gegendemos sind angemeldet, sie und die Prozession der großteils kroatischen Besucher werden an unterschiedlichen Stellen abgehalten. Die Kärntner Polizei bekommt Unterstützung aus Salzburg, Tirol und Oberösterreich. "Im Bedarfsfall wird die Polizei wie im Vorjahr kompromisslos und rigoros durchgreifen", kündigt Polizeisprecher Dionisio an.

Aus diesem Grund ist ein Staatsanwalt direkt vor Ort, um "sofort Verfügungen treffen zu können".Das zielt vor allem auf Verstöße gegen Verbots-und Abzeichengesetz ab. Auch Beamte des Bundesamtes für Fremdenwesen und Asyl sind in Kärnten, ebenso Vertreter der Volksanwaltschaft.

Kurier (Elisabeth Holzer), 17.5.2019, S. 22.